

In der schwarz-gelben Koalition fehlt die ordnungspolitische Stimme

Die Monotonie des Förderstaates

Von Gerd Held

Es gibt sicher viele Menschen im Land, die bei der neuen Bundesregierung eine Politik aus einem Guss vermissen. In der Tat, die Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition ist mehrstimmig und verrät erhebliche Gegensätze. Aber kann Politik gegenwärtig wirklich anders sein? Die öffentliche Meinung ist ja nicht weniger vielstimmig. Oft sind die Erwartungen paradox – man möchte billige Kredite und sichere Bankeinlagen, Entlastung bei Steuern und eine bestmögliche Versorgung. Man schwankt zwischen dem Wunsch nach Lösung der großen Weltprobleme und dem Wunsch nach Rückzug aus den Weltkonflikten. Mehr noch: Nicht nur die Meinungen, sondern auch die Lage und die Aussichten unseres Landes sind zweideutig. Unsere Wirtschaft hat Schlüsselpositionen am Weltmarkt, aber das hohe (Preis-)Niveau, auf dem sich unsere Industrie bewegt, ist auch besonders verletzlich. Die deutsche Außenpolitik ist mit einer zurückhaltenden, vermittelnden Position gut gefahren, doch warten heute auch härtere Herausforderungen. Ähnliches gilt für den sozialen Frieden im Lande, der bisher vor allem auf Wohlstands- und Bildungsgewinne gebaut war. Hier werden die Verteilungsspielräume geringer. So kommt eine eigenartige Gemengelage zustande. Da die verschiedenen Aussichten jeweils gute Gründe für sich in Anspruch nehmen können, ist die Politik ganz notwendig hin und her gerissen. Deshalb haben wir eine pluralistische Regierung und werden sie weiter haben. Sie muss ebenso mehrstimmig, kontrovers und uneindeutig sein, wie es die Lage unserer Nation ist. Ein einziges „Projekt“, eine einzige „Linie“ – das wäre zu

wenig. Das gilt auch für andere Länder in Europa.

Dennoch sollte eine ganz andere Frage erlaubt sein: Ist unsere Regierung eigentlich pluralistisch genug? Fehlen nicht wichtige Argumente? Werden alle Ressourcen eines modernen Staatswesens wirklich eingesetzt? Bei näherem Hinsehen erweist sich die Vielstimmigkeit der politischen Lösungen doch als eine recht monotone Darbietung. Es sind immer die gleichen Schemata, nach denen Probleme bearbeitet werden. Ob es um Technologie, Bildung, Umwelt, Integration oder Sozialpolitik geht – die politische Quintessenz der verschiedenen „Gipfel“ ist immer sehr ähnlich. Es geht um Zahlungszusagen des Staates. Auf Probleme wird mit „Paketen“ geantwortet, deren problemlösende Kraft sich letztlich in der Geldsumme bemisst, die eingesetzt wird. Bei aller Vielfalt der beteiligten Akteure ist diese Politik im Grunde sehr gleichförmig: immer der gleiche Glaube in die bewegende Kraft der Zuwendung, der Förderung, des Anreizes. Der Staat mischt sich „aktivierend“ in immer mehr Felder ein und macht sich unentbehrlich. Auf seine Zustimmung oder seinen Zuschuss – und sei er noch so klein – warten alle. So gibt es bald kein Wirtschafts- und Bürgerhandeln mehr, dass in sich selber ruht. Es gibt kein unabhängiges Vermögen mehr im Land, überall stehen die Schilder „Hier hilft der Staat“.

Diese monotone „Modernisierung“ der Politik vernachlässigt eine klassische Aufgabe des modernen Staats: die Ordnung der Angelegenheiten, die eindeutige Regelung von Verantwortlichkeiten, die klare Unterscheidung privater und öffentlicher

Verfügungsrechte. Diese Aufgabe hat eine ganz praktische Bedeutung: Sie setzt die Kräfte der Bürger frei. Eine ständige Revision der Gesetze nach Kassenlage, ein monatliches Nachjustieren von Versorgungszusagen, ein tägliches „Fahren auf Sicht“ bietet zwar das Bild einer eifrig bemühten Politik, aber sie macht das Land unsicher. Diese Unsicherheit muss dann mit neuen Anreizen überspielt werden. Mit anderen Worten: Wo die Ordnungspolitik fehlt, wird nicht mehr mit der Moral der Bürger gerechnet, die aus festen Institutionen erwächst. Bei dieser Moral gilt der viel zitierte Satz, dass man das Erreichte nur durch Veränderung bewahren kann, umgekehrt: Wer in wechselhaften Zeiten beste-

hen will, muss eine stabile, überschaubare und sorgfältig begrenzte Ordnung hegen und pflegen.

Warum trennt man nicht die Reform des Steuertarifs von der Entlastung? Die Bürger wollen eine kalkulierbare Größe ihres Steuerbeitrags. Warum begrenzt man nicht die Sozialpolitik und verhindert ihr Hineinregieren in die Bildungs-, Gesundheits- oder Sicherheitspolitik? Wenn im neuen Bundeshaushalt die Sicherheits-Etats (Inneres, Verteidigung, Justiz) sinken, während die Sozialausgaben wuchern, ist das kein Stabilitätssignal. So zeigt sich, dass in der guten Mehrstimmigkeit der neuen Regierung etwas Entscheidendes fehlt. Es fehlt die Stimme der Ordnungspolitik.

(Manuskript vom 21.1.2010, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 22.1.2010 unter der Überschrift „Regieren nach Kassenlage“)